

# Resolution der linksjugend ['solid] Ortsgruppe Schwalmstadt

*"Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden“, John Maynard Keynes*

Diese Resolution wurde anlässlich der Gründung der Ortsgruppe linksjugend ['solid] Schwalmstadt verfasst. Sie soll relevante politische Inhalte bieten und eine Orientierung für die Arbeit der Ortsgruppe darstellen. Die Resolution wurde beim Treffen von ['solid] Schwalmstadt am 12.12.2009 einstimmig verabschiedet.

## **1. Wer wir sind**

Die linksjugend ['solid] ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. ['solid] ist ein eigenständiger Verein, der der Partei DIE LINKE nahe steht und im Zuge des Partieneubildungsprozesses als offizielle Jugendorganisation anerkannt wurde, organisatorisch jedoch unabhängig ist und auch selbstständig politische Arbeit betreibt. Die wichtigste Ebene des Jugendverbandes sind die Basisgruppen, sie werden durch überregionale Gremien auf verschiedenste Art und Weise unterstützt.

## **2.1 Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen**

Rechtsextreme sind wieder auf dem Vormarsch. Nicht nur in anderen Regionen Deutschlands, sondern auch bei uns – in Hessen – im Schwalm-Eder-Kreis – in Schwalmstadt. Und das nicht erst seit dem Mordversuch bei einem brutalen Überfall auf ein Sommercamp von ['solid]. Schon lange zuvor wurden politisch Andersdenkende bedroht und in Schlägereien teils schwer verletzt. Die Täter waren immer die gleichen: Mitglieder der rechtsextremen Kameradschaft „Freie-Kräfte Schwalm-Eder“. Im Gegensatz zu dem was Bürgermeister, Landrat und die neoliberale Presse von sich geben, sind die Neonazis organisiert. Der Schwalm-Eder-Kreis und Schwalmstadt haben schon Ähnlichkeiten zu einer national befreiten Zone.

Als durch den Überfall am Neuenhainer See die Medien bundesweit berichteten, sahen die Verantwortlichen in Stadt und Kreis plötzlich Handlungsbedarf. Von der Schwalmstädter SPD wurde die Kampagne „Die Schwalm bleibt bunt“ gestartet und ein „Runder Tisch zum Thema Rechtsradikalismus“ eingerichtet. Doch das alles hat bisher nichts geholfen. Kein Wunder, denn Neonazis wurden als Besucher von Veranstaltungen gegen Rechts geduldet,

wenn nicht wir darauf bestanden, dass sie des Ortes verwiesen wurden. Die SPD trägt ihren Teil zum Scheitern der Projekte bei, indem sie sich z.B. in Stadtverordnetenversammlungen weigert einem Beschluss, der es verdeutlichen würde, dass der "Runde Tisch" vor allem gegen rechte Gewalt ist, zuzustimmen. Letzterer tagt ohnehin immer nur dann, wenn etwas passiert, wie zuletzt nach den Vorfällen am Bunker und auf der Kirmes in Dittershausen. Und die Polizei? Die hat anscheinend auch nichts gelernt und lässt die Nazi-Schläger nach kurzzeitiger Verhaftung oder in Gewahrsamnahme wieder frei. Solange bis sie frühestens ein halbes Jahr später freigesprochen, mit Arbeitsstunden, mit kurzem Arrest oder einer Haftstrafe von knapp über einem Jahr bestraft werden.

So kann es nicht weitergehen! Wir fordern, die FKSE endlich als das anzusehen, was sie ist. Eine kriminelle Vereinigung. Außerdem müssen Neonazis endlich ihre gerechte Strafe bekommen. Es kann nicht sein, dass aufgrund von angeblichen Verfahrensfehlern oder einer scheinbar nicht bestehenden Gefahr die Täter schon Tage nach Ausüben der Tat wieder auf freiem Fuß sind. Der Bevölkerung dürfen nicht weiter Lügenmärchen erzählt werden. Wir müssen der Wahrheit endlich ins Gesicht sehen, nur dann können wir Faschismus wirksam bekämpfen!

## **2.2 Gegen soziale Ausgrenzung**

Minderheiten gibt es viele in unserem Land und alle haben das gleiche Problem. Sie werden nicht als vollwertiger Teil der Gesellschaft akzeptiert. Menschen mit Migrationshintergrund werden unbegründet zu Sündenböcken. Mit Menschen mit Behinderung wollen viele gar nichts zu tun haben. Dabei sind wir doch alle Menschen! Wir setzen uns für bessere Integrationsmöglichkeiten ein und lehnen Ausgrenzung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, Behinderung oder der sexuellen Identität entschieden ab.

## **3.1 Bildung ist keine Ware**

Bildung bedeutet heutzutage Leistungsdruck und Ausgrenzung von finanziell schlechter gestellten Menschen. Das drei gliedrige Schulsystem stellt alles andere als Chancengleichheit dar. Dabei ist Bildung mit das Wichtigste, was die Gesellschaft braucht. Das Gymnasium und das Studium darf nicht nur den Eliten zugänglich sein, Bildung muss für alle kostenfrei sein! Der Lehrplan muss abgespeckt, G8 abgeschafft und eine Gemeinschaftsschule eingeführt werden. Daher unterstützen wir den Bildungstreik und fordern ein komplettes Umdenken in der Bildungspolitik.

## **3.2 Ausbildung statt Ausnutzung**

Auch die Schulabgänger, die nicht studieren wollen, haben es nicht leicht. Ausbildungsplätze gibt es immer noch viel zu wenige, welche meist unterbezahlt sind. Jugendliche werden gerne für Praktika genutzt, die den Arbeitgeber nichts kosten. Doch sie haben ein Recht darauf, ihren Ausbildungsberuf frei wählen zu können und einen gerechten Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Wir fordern daher: Ausbildungsplätze für alle!

#### **4. Gegen Sexismus – für echte Gleichberechtigung**

Frauen sehen sich täglich mit vielen Klischees und Vorurteilen konfrontiert: Fragen, warum sie denn ein technisches Fach studieren, oder gar warum sie ihre Selbstverwirklichung nicht in der Kindererziehung und Haushaltspflege suchen sind allgegenwärtig.

Frauen erhalten beispielsweise für gleiche Arbeit noch immer weniger Geld, oder müssen dünn bekleidet für die Werbung herhalten, um den Konsum der Männer zu steigern.

Die Hochschulen sind Treffpunkte aufgeklärter Dichter\_Innen und Denker\_Innen? Fehlanzeige, auch hier sind alltägliche sexistische und homophobe Plattitüden zu vernehmen. Homosexuelle Menschen sehen sich in unserer ach so aufgeklärten Gesellschaft in ständiger Konfrontation mit offenen Anfeindungen und Diskriminierung. Die verharmlosende Begriffserklärung „Benachteiligung der Frau“ ist nicht ausreichend für eine in weiten Teilen von Männern dominierten Kultur die kontinuierliche Herrschaft und Gewalt gegen Frauen ausübt.

Für ein Miteinander in echter Gleichberechtigung!

#### **5. Wir haben nur diese eine Welt**

Doch vielerorts wird mit ihr umgegangen, als hätten wir noch eine neue im Schrank. Die Energiekonzerne beuten die Bevölkerung finanziell aus und setzen auf Kernkraftwerke und fossile Brennstoffe zur Energiegewinnung. Damit schaden sie uns und unserer Umwelt. Dabei gibt es ganz andere, umweltfreundliche Möglichkeiten. Wenn man endlich beginnen würde, die Energie, die von Sonne, Wind und Wasser zur Verfügung gestellt wird konsequent zu nutzen, könnte man schon in ein paar Jahren die Atom- und Kohlekraftwerke abschalten. Durch kostengünstige Wärmedämmung und ein Verbot der Stand-by-Schaltung ließen sich eine Menge Energie sparen. Mit verstärkten Investitionen in Solar- und Windkraftanlagen könnte ein erheblicher Beitrag geleistet werden, die Umwelt zu retten und als Nebeneffekt würden eine Menge neue Jobs entstehen. Doch das alles scheitert momentan vor allem an der Macht der Lobbyisten. Auch Autobahnen haben wir mehr als genug in Deutschland. Wir wollen die A49 nicht, denn sie würde bloß dazu beitragen die Umwelt weiter zu zerstören.

#### **6. Entwicklungshilfe**

Jeden Tag sterben in den Entwicklungsländern mehr als 25.000 Menschen, davon 13.000 Kinder, an den Folgen von Unterernährung. Währenddessen setzen die Industrieländer weiterhin alles daran, ihre Gewinne zu maximieren und somit den Klimawandel weiter voranzutreiben. Dieser Klimawandel, mit dessen Entstehung die Entwicklungsländer am wenigsten zu tun haben, sorgt dafür, dass die Todeszahlen auch in Zukunft deutlich steigen werden. Von einer solch kapitalistischen Welt, die mit vollem Bewusstsein dazu beisteuert, dass die reichen Länder immer reicher und die armen Länder immer ärmer werden, grenzen wir uns mit voller Überzeugung ab. Für uns ist ein Menschenleben in Simbabwe nicht weniger wert, als ein Menschenleben in Deutschland, Finnland oder den USA. Das, was die Industrienationen derzeit an Entwicklungshilfe leisten, entspricht weder ihren Möglichkeiten, noch dem Leid der in Armut lebenden Menschen.

## **7. Entmilitarisieren!**

Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft wird in vielen Bereichen deutlich. So versucht die Bundeswehr zum Beispiel vor Schulen und Arbeitsämtern junge und mittellose Menschen zu rekrutieren, in der Hoffnung das man einige von ihnen für die Kriege unserer Zeit instrumentalisieren kann. Auch die Medien treiben die zunehmende Militarisierung voran und unterstützen deren Legitimation in der Gesellschaft. Die neoliberale Presse schürt die allgemeine Unsicherheit und schafft ein Angstgefühl dem wir, laut Medien, nur mit einhergehender Militarisierung begegnen können. Im morgendlichen Radio oder durch Schnuppertage in Kasernen werden junge Menschen an das Militär herangeführt und überall wo Schüler\_Innen mithilfe von Computersystemen Krieg verharmlost dargestellt wird, wird das Töten von Menschen zum Computergame.

Das alles können wir nicht gutheißen. Wir wollen die sofortige militärische Abrüstung und das Ende von kriegerischen Auslandseinsätzen. Der Gesellschaft muss klar gemacht werden: Krieg ist kein Spiel, sondern geplanter und brutaler Mord von einer Vielzahl meist unschuldiger Menschen!

## **8. Schwarz-Gelb? Nein Danke!**

Sowohl in Hessen, als auch in ganz Deutschland besteht unsere Regierung seit kurzem aus CDU/CSU und der FDP. Das bedeutet, dass das Casino Finanzmarkt in den nächsten Jahren wieder kräftig ins Rollen kommen wird. Das bedeutet soziale Ausgrenzung durch Umverteilung von oben nach unten, finanzielle Kürzungen im Bildungssektor und dass marode Atomkraftwerke wieder ans Netz gehen.

Doch wir werden bei all dem nicht tatenlos zu sehen. Wir werden auf die Straße gehen und zeigen, dass in dieser Politik das Kapital eine viel höhere Rolle spielt als der Mensch. Wir fordern, endlich sinnvolle Konjunkturmaßnahmen durchzuführen, indem beispielsweise die Schulsozialarbeit verlängert und ausgeweitet wird. Außerdem muss die Enteignung der Bürgerinnen und Bürger aufhören. Großbetriebe, Banken und insbesondere die Deutsche Bahn müssen verstaatlicht werden. Das System Kapitalismus muss endlich der Vergangenheit angehören!

## **9. Tiere sind Lebewesen, keine Gegenstände**

*Stellen sie sich vor, sie verbringen ihr Leben auf einem halben Quadratmeter, eingesperrt in einer Halle mit 10.000den ihrer Artgenossen. Oder sie werden jeden Tag aus ihrem kleinen Käfig geholt und an seltsame Maschinen angeschlossen bevor man ihnen schließlich Medikamente einflößt, die gegen Krankheiten helfen sollen, mit denen man sie zuvor infiziert hat.*

Tiere verkommen heute immer mehr zu bloßen Objekten, die nur noch dazu dienen, die immer schneller wachsende Gier des Menschen nach „mehr“ zu stillen. 2008 starben allein in deutschen Laboren 2,6 Millionen Tiere. Gleichzeitig nimmt auch die Zahl der Betriebe mit Massentierhaltung immer weiter zu, während immer mehr Tierheime schließen müssen, weil sie vom Staat nicht mehr unterstützt werden. Wir sind nicht länger bereit tatenlos dabei zuzusehen, wie jährlich Millionen von Morden geschehen, nur damit wir weiterhin im

Überfluss leben können und fordern deshalb: Pelz verbieten, Tierversuche stoppen und Tierhilfen subventionieren!

## **10. Legalize it!**

Obwohl der heutige Wissensstand eindeutig belegt, dass der Konsum von Cannabis weniger gesundheitsschädigend ist als der von Alkohol, zählt Cannabis noch immer als illegale Droge. Jahr für Jahr feiern Politiker auf dem Oktoberfest den Alkoholkonsum und unterstützen ihn tatkräftig, obwohl dieser jährlich für den Tod von rund 70.000 Menschen verantwortlich ist. Währenddessen werden Cannabiskonsumenten strafrechtlich verfolgt und zählen in Schulen, Betrieben und dem restlichen Teil der Gesellschaft als kriminelle, nutzlose Junkies.

Eine solche Ungerechtigkeit ist für uns nicht hinnehmbar. Wir setzen uns deshalb für die Legalisierung von Cannabis ein. Nur dadurch ist es dem Staat möglich den Konsum zu kontrollieren und Konsumenten gezielt über Risiken aufzuklären. Durch die Legalisierung würde der bisherige Schwarzmarkt stark zurückgehen und der Staat hätte durch anfallende Steuern enorme Mehreinnahmen. Hinzu kämen die, durch die Entkriminalisierung entstehenden, Ersparnisse der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Polizei. Wir möchten die Menschen nicht zum Cannabiskonsum verleiten, doch wir möchten einen gerechten und offenen Umgang mit einer Droge, die schon lange ein Teil unserer Gesellschaft geworden ist.